

Pressemitteilung

Koalitionen schmieden ... für die Energiewende in Mainz und Wiesbaden! Bündnis fordert die Parteien auf, klar Position gegen das KMW-Kohleprojekt zu beziehen

„Es gab rechts und links des Rheins klare Wahlsieger: Parteien, die den von uns geforderten Weg aus der fossilen Energieerzeugung engagiert mittragen, stehen nun in Mainz und Wiesbaden in Koalitionsverhandlungen. Wir haben sie vor der Wahl noch einmal explizit zu ihrer Einstellung zum Thema Kohlekraft befragt (vergl. [Bündnis-PE vom 24.03.11](#)), und die meisten haben uns hierbei die vollständige Übereinstimmung mit unseren Zielen bestätigt: Jetzt wollen wir Taten sehen, am liebsten in Form von bindenden Koalitionsverträgen!“ beschreibt Meinrad v. Engelberg, 2. Vorsitzender des Bündnisses, die Situation nach der Wahl.

„Hierbei richten sich unsere Hoffnungen vor allem auf die Grünen“ ergänzt Marc Legg, 1. Vorsitzender aus Mainz: „Sie waren in beiden Wahlen die eindeutigen Gewinner, und können nun zeigen, dass die schlichte Alternative „entweder Kohle oder Atom!“ viel zu kurz gedacht ist. Von der neuen Landesregierung in Rheinland-Pfalz erwarten wir uns z.B. eine Selbstverpflichtung, mit den vorhandenen raumordnerischen Mitteln dafür zu sorgen, dass neue Kohlekraftwerke als Ersatz für die hoffentlich endgültig abgeschalteten Atomkraftwerke gar nicht erst genehmigt werden können, so dass nun gleich auf nachhaltige, regenerative Technologien gesetzt werden kann.“ Jörg Jordan, für die Wiesbadener SPD im Bündnisvorstand, ergänzt: „Ich gehe davon aus, dass meine Fraktion ihre seit vielen Jahren entschlossen betriebene Politik, das KMW-Kohlekraftwerk aktiv zu verhindern, nun auch in einer Koalition mit der CDU weiter erfolgreich vorantreibt. Hierzu sollte die von der Stadt Wiesbaden initiierte Klage gegen das Projekt fortgeführt, und endlich durchgesetzt werden, dass sich ein kommunaler Betrieb durch den schlichten Verweis auf die Rechtsform „AG“ nicht dauerhaft der politischen Willensbildung seiner Eignerstädte widersetzen kann.“

In diesem Sinne hat der Vorstand Briefe an jene Fraktionen in Mainz und Wiesbaden verfasst, die nun in Koalitionsverhandlungen stehen. Hierin werden den Verhandlungspartnern konkrete Vorschläge gemacht, wie sie der KMW beim Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit behilflich sein können. Prof. Michael Pietsch, Mainzer CDU-Stadtrat und Vertreter der Ärzteinitiative im Vorstand, ergänzt: „Hierbei kommt auch den Parteien, die einer Regierungskoalition nicht angehören, eine hohe Verantwortung zu. Mehrheiten für eine andere Energiepolitik können auch mit den Stimmen der Opposition organisiert werden, falls bestimmte Fraktionen noch zögern. Verantwortliche Entscheidungen werden nicht nur von der Regierungsbank aus getroffen. Die Mehrheiten gegen die Kohleverstromung sind ja längst da – man darf sie nur nicht aus kleinlichen Parteiinteressen zersplittern, sondern muss, wie es im Bündnis üblich ist, in wichtigen Sachfragen uneigennützig zum Besten der Allgemeinheit zusammenwirken.“